

Fragen

für die Fragestunde der 188. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. November 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	6, 7	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	43, 75
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 64	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	4, 5
Bayaz, Danyal, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73	Jung, Christian, Dr. (FDP)	62, 63
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 77	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 33
Brandner, Stephan (AfD)	19, 20	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	22, 23	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	26	Kluckert, Daniela (FDP)	8, 28
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 51	Konrad, Carina (FDP)	44, 45
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	2, 3	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	9, 10
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 68	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 67
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 40
Gminder, Franziska (AfD)	70	Luksic, Oliver (FDP)	47
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	24, 74	Neumann, Martin, Dr. (FDP)	31
Herbst, Torsten (FDP)	48, 72	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	11, 12	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Hohmann, Martin (AfD)	39, 41	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	18, 76
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 46
Huber, Johannes (AfD)	15, 16	Renner, Martina (DIE LINKE.)	36, 37

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 59	Seitz, Thomas (AfD)	42
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	34, 35	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	53, 54
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 71		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	21
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	23

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit ist die Bundesregierung um die konsularische Betreuung bzw. Freilassung der Deutsch-Iranerin Nahid T. bemüht (www.zeit.de/politik/ausland/2020-10/iran-nahid-t-haft-teheran-festnahme?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.bing.com%2F), und welche Kenntnis hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang über weitere politische Gefangene mit deutscher Staatsangehörigkeit in iranischer Haft?
2. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)

Besitzt die Bundesregierung Kenntnis über die Höhe von möglicherweise veruntreuten oder verschwendeten zivilen Unterstützungsleistungen Deutschlands für Afghanistan – für die USA sollen es nach offiziellen amerikanischen Angaben von 2002 bis 2010 19 Mrd. US-Dollar gewesen sein (<https://news.antiwar.com/2020/10/20/us-wasted-billions-of-taxpayer-dollars-in-afghanistan-from-2018-to-2019/>)?
3. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)

Welche freiwilligen Selbstverpflichtungen zum Resettlement von Flüchtlingen ist die Bundesregierung, z. B. im Rahmen des Globalen Flüchtlingspakts, für die Jahre 2020 und 2021 eingegangen?
4. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung bzw. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bislang konkret unternommen, um denjenigen Asylsuchenden aus der Türkei, zu denen der türkische Staat infolge der Festnahme des für die Deutsche Botschaft in der Türkei tätigen Vertrauensanwalts vertrauliche Informationen aus deutschen Asylverfahren erlangt hat und die in Deutschland keinen Schutzstatus erhalten haben (vgl. meine Schriftliche Frage 44 auf Bundestagsdrucksache 19/22089), wegen der aus der Festnahme resultierenden möglichen Gefährdung doch noch einen Schutzstatus zu erteilen, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, wie viele der genannten abgelehnten Asylsuchenden aus der Türkei, zu denen der türkische Staat infolge der Festnahme des Vertrauensanwalts Informationen aus deutschen Asylverfahren erlangt hat, in die Türkei oder einen anderen Staat abgeschoben wurden (bitte so differenziert wie möglich darstellen)?

5. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung dazu vor oder hat sie versucht, sich zu verschaffen, inwieweit abgeschobene Personen, denen ein Schutzstatus in Deutschland versagt wurde und zu denen der türkische Staat infolge der Festnahme des Vertrauensanwalts Informationen aus deutschen Asylverfahren erlangt hat, in der Türkei verfolgt und/oder festgenommen wurden (bitte so ausführlich wie möglich darlegen), und inwieweit sieht sich die Bundesregierung dazu verpflichtet bzw. verantwortlich dafür, sich aktiv um das konkrete Schicksal dieser Personen zu kümmern, da sie aus meiner Sicht womöglich Gefährdungen befürchten müssen, die aus einer dem deutschen Staat zuzurechnenden mangelnden Sorgfaltspflicht resultieren (in Bezug auf den aus meiner Sicht unzureichenden Schutz vertraulicher Daten bei Anfragen an den von deutschen Stellen beauftragten Vertrauensanwalt)?
6. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Was haben die Gespräche innerhalb der Bundesregierung konkret erbracht, inwieweit Ehegatten beim Familiennachzug Online-Sprachprüfungen ermöglicht werden, um die diesbezüglichen Sprachnachweise erbringen zu können, in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut oder aber durch andere Anbieter (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22675, Antwort der Bundesregierung zu meiner Schriftlichen Frage 31), und inwieweit muss nach Auffassung der Bundesregierung in den Ländern, in denen ein zertifizierter Sprachnachweis, der von den Botschaften verlangt wird, coronabedingt gar nicht möglich ist, vom Nachweis entsprechender Deutschkenntnisse im Ausland vor dem Hintergrund des Schutzes von Ehe und Familie und aus Verhältnismäßigkeitsgründen grundsätzlich abgesehen werden (bitte begründen)?

7. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den, nach Angaben von Organisationen, bisher tödlichsten Schiffbruch in diesem Jahr, bei der nach Angaben der UN-Migrationsagentur mindestens 140 Menschen ertrunken sind, nachdem ein Boot mit rund 200 Menschen vor der senegalesischen Küste gesunken ist (vgl. www.infomigrant.net/en/post/28209/senegal-at-least-140-perish-in-deadliest-shipwreck-of-the-year), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von konkreten Unterstützungsleistungen der Europäischen Union für die ankommenden Menschen auf den kanarischen Inseln, die sich derzeit nach Berichten in Erstaufnahmelagern aufhalten, die jedoch, wie im Beispiel von Gran Canaria, wo sich derzeit konkret über 800 Menschen in dem Erstaufnahmezentrum aufhalten sollen, welches aber nur für die Hälfte der Personen ausgelegt ist, um eine angemessene Aufnahme der Menschen zu gewährleisten (vgl. www.tagesschau.de/ausland/kanaren-migration-101.html; bitte der Bundesregierung bekannte konkrete Maßnahmen aufschlüsseln)?
8. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Wurde die Bundesregierung durch die chinesische Regierung bzw. den Botschafter der Volksrepublik China in Berlin bezüglich des Besuches einer taiwanischen Delegation im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages kontaktiert (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/china-kritisiert-abgeordnete-wegen-treffen-mit-taiwanern-17012245.html)?
9. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Warum ist das Amt des Botschafters in Syrien seit Februar 2012 vakant, und welche Bundesbehörden haben aktuell Personal in Syrien (www.tagesspiegel.de/zeitung/assad-verfolgt-gegner-in-deutschland-berlin-mutmassliche-agenten-aus-syrien-festgenommen-moskau-erreicht-keine-zugestaendnisse-von-damaskus/6180472.html)?
10. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Rückführung von gefangenen deutschen IS-Kämpfern aus Syrien ergreifen, und wie bewertet die Bundesregierung die Radikalisierungstendenzen der Gefangenen (www.tagesschau.de/investigativ/ndr/gefangene-deutsche-is-syrien-101.html)?
11. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche Konsequenzen für die Zusammenarbeit zieht die Bundesregierung aus dem Wahlausgang in Côte d'Ivoire vom 31. Oktober 2020?

12. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung aktuell die Konfliktbeilegung im anglo-phonen Teil Kameruns (www.vaticannews.va/de/welt/news/2020-04/kamerin-frieden-kirche-anglo-phone.html), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über mögliche Erfolge eigener oder internationaler Bemühungen um ein Ende des Konflikts?
13. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wo plant die Bundesregierung in „fragilen Regionen in Afrika“ Auslandsvertretungen „personell, logistisch, in allen Beziehungen aufzustocken“, wie in einer Rede des Bundesministers des Auswärtigen Heiko Maas angekündigt, und was sind die Erwartungen und Ziele, die das Auswärtige Amt mit der Aufstockung verfolgt (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-afrika-preis/2410454)?
14. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern zieht die Bundesregierung Konsequenzen für die bilaterale Zusammenarbeit mit Nigeria sowie der Zusammenarbeit auf EU-Ebene aus den derzeitigen Entwicklungen der Proteste gegen die nigerianische Polizeieinheit „Special Anti Robbery Squad“ (SARS) beziehungsweise der nach der Auflösung der SARS eingesetzten Einheit „Special Weapons and Tactics Team“ (SWAT), bei welchen in den vergangenen Wochen 51 Zivilisten, 11 Polizisten und 7 Soldaten in Nigeria getötet wurden (www.zeit.de/news/2020-10/23/69-tote-bei-protesten-gegen-polizeigewalt-innigeria)?
15. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung bis heute für das selbst formulierte Ziel des sofortigen Waffenstillstands und der wieder aufzunehmenden Friedensverhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan (www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bundeskanzlerin-merkel-telefoniert-mit-dem-armenischen-ministerpraesidenten-nikol-paschinjan-und-dem-aserbaidschanischen-staatspraesidenten-ilham-alijew-1792002) unternommen?
16. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand betreffend der Vermittlung zwischen dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dem griechischen Premierminister Kyriakos Mitsotakis, nachdem ein erster Versuch Deutschlands (www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-vs-tuerkei-angela-merkel-sollte-schlichten-a-31fd3958-778b-4e20-bc35-aca6538ef2ff) offenbar an dem neu geschlossenen griechisch-ägyptischen Seeabkommen gescheitert ist?

17. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Geflüchtete und Migranten und Migrantinnen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 von der algerischen Regierung illegal in Nachbarländer abgeschoben (bitte nach einzelnen Ländern aufschlüsseln; <https://taz.de/Massenabschiebungen-aus-Algerien/!5723213/>), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus in Bezug auf die geplante entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem Land, nachdem es im Rahmen des Reformkonzepts „BMZ 2030“ zum bilateralen Partner aufgewertet wurde?
18. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund eigener diplomatischer Beziehungen zur Türkei die Ankündigungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der auf die neuerlich in der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ erschienenen Karikaturen juristisch und diplomatisch antworten werde, und sieht sie insbesondere – analog zur „Causa Böhmermann“ – einen „bewusst verletzend[en]“ Beitrag, welcher derlei Drohungen rechtfertigt (vgl. Tagesspiegel.de vom 7. April 2016 – <https://tagesspiegel.de/politik/boehmermanns-erdogan-gedicht-staatsanwaltschaft-ermittelt-auch-gegen-zdf-verantwortliche/13407794.html>); Tagesschau.de vom 28. Oktober 2020 – <https://tagesschau.de/ausland/erdogan-karikatur-frankreich-101.html>), beide zuletzt abgerufen am 29. Oktober 2020)?
19. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Maßnahmen plant und unternimmt die Bundesregierung gegen die Türkei angesichts der Äußerungen des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und einiger seiner Regierungsmitglieder im Hinblick auf das islamistische Attentat in Frankreich, bei dem ein Lehrer nach Behandeln von Mohammedkarikaturen im Unterricht auf öffentlicher Straße durch Köpfen hingerichtet wurde?
20. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die außenpolitische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika seit dem Amtsantritt des Präsidenten Donald Trump im Jahr 2017, und welche Pläne für die neue Amtszeit eines Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich der Außenpolitik hat die Bundesregierung?

21. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Einschätzung hat das Auswärtige Amt im Vorfeld der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am 5. Oktober 2020 an den ehemaligen ägyptischen Botschafter in Deutschland, Dr. Badr Abdelatty, insbesondere angesichts der Vorwürfe von Einschüchterung und Überwachung von hierzulande lebenden Dissidenten und Kritikern durch die ägyptische Botschaft unter Dr. Abdelatty abgegeben (<https://kairo.diplo.de/eg-de/aktuelles/-/2404142>), und wie wird dieser Schritt, einen Vertreter eines autoritären Regimes, welches in der Woche der Preisverleihung 49 Menschen hingerichtet hat (www.hrw.org/news/2020/10/22/egypt-49-executions-10-days), auszuzeichnen, dem Anspruch des Auswärtigen Amtes einer menschenrechtsbasierten Außenpolitik gerecht (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/menschenrechte/01-menschenrechte-fundament)?
22. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung seit dem Bekanntwerden von Berichten und Fotos über ein durch die libysche Regierung erbeutetes russisches Pantsir-System in Tripolis (Libyen), das offenkundig auf einem MAN-SX-Militärfahrzeug montiert ist (www.stern.de/p/plus/politik/buergerkrieg-in-libyen--trophaeen-aus-deutschland-9310272.html), bei der libyschen Regierung um nähere Informationen wie der Fahrgestellnummer gebeten, um im Rahmen ihrer angekündigten Prüfung von Vorwürfen, dass aus Deutschland stammende Rüstungstechnik entgegen dem UN-Embargo nach Libyen verbracht wurde (dpa vom 23. Juni 2020), und warum hat die Bundesregierung, sofern sie keine Informationen von der libyschen Regierung erbeten hat, keine derartige Prüfung – auch in Abstimmung mit der libyschen Regierung – vorgenommen, auch vor dem Hintergrund, dass ein offizieller Expertenbericht für den UN-Sicherheitsrat bereits im Dezember 2019 die Präsenz von Pantsir-System der Vereinigten Arabischen Emirate auf MAN-Militärfahrzeugen in Libyen bestätigt hat (dpa vom 26. Mai 2020)?
23. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung, ob der thailändische König Maha Vajiralongkorn von Deutschland aus seinen Amtsgeschäften nachgehen soll, und welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass Politik, die das Land Thailand betrifft, nicht von deutschem Boden auszugehen hat und die Bundesregierung Staatsgeschäften, die aus Deutschland betrieben werden, deutlich entgegenwirken will (dpa vom 26. Oktober 2010)?

24. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung den Friedensprozess in Kolumbien gefährdet durch die zahlreichen Morde an ehemaligen FARC-Kämpfer/-innen und Familienangehörigen (www.indepaz.org.co/lideres/) und mehr als 1.000 sozialen Aktivist/-innen und indigenen Anführer/-innen seit Unterzeichnung des Friedensvertrags im Jahr 2016 (www.indepaz.org.co/radiografia-de-la-violencia-contra-los-lideres-asesinados-en-colombia/)?
25. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der Coronakrise auf die Verfahrensdauer für die Erteilung von Visa in Botschaften und Auslandsvertretungen, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die oftmals dadurch noch länger werdenden Wartezeiten (www.auswaertiges-amt.de/de/service/fragenkatalog-node/34-termine/606604), insbesondere bei Visa zum Familiennachzug, zu verkürzen (mit der Bitte um Angabe zusätzlicher personeller und finanzieller Mittel)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

26. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Hat die Unternehmensberatung PwC neben ihrer Rolle als Mandatar nach Kenntnis der Bundesregierung neben den in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 45, Plenarprotokoll 19/182, aufgeführten Abschlussprüfungen für die Deutsche Lufthansa AG auch Beratungsleistungen in Form von Plausibilitätsprüfungen verschiedener Finanzmodelle für den Staatsanstieg (über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds) im Auftrag der Lufthansa wahrgenommen, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diesen Sachverhalt vor dem Hintergrund des für Interessenskonflikte vertraglich vorgesehenen „conflict check“?
27. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern trägt das gesamtdeutsche Fördersystem in seiner derzeitigen Ausgestaltung zum Abbau der finanziellen Disparitäten der Kommunen in Deutschland nach Ansicht der Bundesregierung bei, und wie plant die Bundesregierung, das System konkret weiterzuentwickeln (bitte Zeithorizont der geplanten Weiterentwicklung mit anführen)?

28. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Umsatzrückgang in der Hotellerie und Gastronomie, verursacht durch deren erneute Schließung, ein (www.stimme.de/deutschland-welt/politik/dt/bund-und-laender-beginn-von-kontaktbeschraenkungen-am-2-november;art143114,4410782)?
29. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die Lebenshaltungskosten für Soloselbstständige im Rahmen der Überbrückungshilfen förderfähig machen, und welche weitere Unterstützung sieht die Bundesregierung für Soloselbstständige vor (abgesehen von der außerordentlichen Wirtschaftshilfe im November 2020), vor dem Hintergrund, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier ankündigte, die Soloselbstständigen nicht im Stich lassen zu wollen (www.finanze.net/nachricht/aktien/altmaier-will-soloselbststaendige-nicht-im-stich-lassen-9442600)?
30. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, das Gutachten von Ernst & Young sowie des Büros für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH (BET) zu den geplanten Entschädigungen für die Kohlekraftwerksbetreiber, im Rahmen des vereinbarten Ausstiegs aus der Kohleverstromung (Kohleausstiegsgesetz; <https://m.boersen-zeitung.de/dpa-meldung/2020-09-09/1324694/spd-will-mehr-transparenz-bei-braunkohle-entschaedigungen>) bis zum Abschluss des laufenden Beihilfeverfahrens im November 2020 zu veröffentlichen, und wenn nein, warum nicht?
31. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Wie ist der Stand bei der Erarbeitung der Förderrichtlinien nach § 55 Absatz 5 des Gesetzes zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1818) sowie der beihilferechtlichen Abstimmung mit der Europäischen Kommission?
32. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum will die Bundesregierung den Ausbau von Photovoltaik-Dachanlagen im Segment von 500 bis 750 kWp durch Ausschreibungen deckeln (Kabinettsbeschluss Erneuerbare-Energien-Gesetz), und wie viele ältere Wind- und PV-Anlagen werden nach Schätzung der Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren vom Netz gehen?

33. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele in Deutschland nicht mehr zulassungsfähige Gebrauchtwagen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren nach Afrika exportiert, und inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Forderung der niederländischen Umweltministerin Stientje Van Veldhoven nach einem „koordinierten europäischen Vorgehen“ und einem „Schulterschluss mit den afrikanischen Ländern“ (www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/gebrauchtwagen-schrottreif-afrika-umwelt-unep-100.html#xtor=CS5-62)?
34. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass die Rafaella Resources Ltd öffentlich behauptet, die Unterstützung der Bundesregierung in Form einer Vorabzusage zu einer UFK-Garantie zu haben (Interview mit dem Managing Director Steven Turner, <https://youtu.be/LDKXeIWFTS8> [ab Minute 2:20]; <https://smallcaps.com.au/rafaella-resources-acquire-historic-underground-open-pit-tungsten-tin-operation-spain/> <<https://smallcaps.com.au/rafaella-resources-acquire-historic-underground-open-pit-tungsten-tin-operation-spain/>>), obwohl die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 39 auf Bundestagsdrucksache 19/23605 feststellt, dass keine diesbezügliche Anfrage vorliege; und falls die Behauptung der Rafaella Resources Ltd nicht stimmt, welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen?
35. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist der Bundesregierung bekannt, ob es Kontakt zwischen der Euler Hermes Aktiengesellschaft, die für die Vergabe von UFK-Krediten vom Bund mandatiert ist (Bundestagsdrucksache 19/17808, Antwort zu Frage 8), und der Rafaella Resources Ltd oder seiner alleinigen Tochtergesellschaft Galicia Tin & Tungsten SL über eine UFK-Garantie gegeben hat, und inwiefern ist es möglich, dass die Euler Hermes Aktiengesellschaft bereits eine solche Vorabzusage gegeben hat, ohne dass die Bundesregierung hiervon weiß?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

36. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Von welchen Behörden wurde der Bundesanwaltschaft die Übernahme des Verfahrens gegen das „Nordkreuz“-Mitglied Marko G. angetragen (vgl. <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Bewaehrungsstrafe-fuer-Nordkreuz-Chef,prepper126.html>; bitte nach Datum aufschlüsseln)?
37. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Aus welchen Gründen lehnte der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Übernahme ab (Quelle siehe Frage 37)?
38. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus ihren in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 1. Juli 2020, 169. Sitzung, S. 21031 (Nachfrage des Abgeordneten Dr. Johannes Fechner), angekündigten Beobachtungen in Folge des seinerzeit nicht verlängerten Kündigungsschutzmoratoriums beim Wohnen und Mieten zwischenzeitlich gezogen, und hält sie es angesichts des erneuten Teil-Lockdowns nicht für angemessen, nun ein Kündigungsmoratorium auszusprechen?
39. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD) Welche Leistungen erhielten jeweils anerkannte Opfer der DDR-Diktatur sowie Träger der DDR-Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus“ monatlich und als Gruppe insgesamt in den letzten 30 Jahren (seit der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

40. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen welchen finanziellen Umfangs plant die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern zu ergreifen, um den Städten und Gemeinden bei der Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen angesichts steigender Infektionszahlen und immer kälter werdender Nächte zu helfen sowie Hilfeangebote für wohnungslose Menschen in der zweiten Welle der Pandemie aufrechtzuerhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

41. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Um welches Patent handelt es sich nach der Mitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Vergabe des neuen Sturmgewehrs (veröffentlicht auf der Internetseite Augen geradeaus!) – und inwieweit spielt es dabei eine Rolle, dass der Entwickler der Waffe, die bestellt werden sollte, früher auch für Heckler & Koch tätig war?
42. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Hat das Bundesministerium der Verteidigung wegen eines an mich und andere Abgeordnete adressierten gefälschten Schreibens, in dem aufgerufen wird, verlorene Rüstungsgegenstände wiederzufinden, Strafanzeige erstattet, und wenn nein, warum nicht?
43. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf von U-Booten von der ThyssenKrupp Marine Systems GmbH an die Regierung in Israel darüber bekannt, ob israelische oder deutsche Behörden gegen Angehörige des deutschen Rüstungskonzerns wegen Korruption ermitteln (bzw. entsprechende Vorermittlungen oder Beobachtungsvorgänge führen), was in Israel auch auf großen Demonstrationen thematisiert wird („Diener zweier Herren – ThyssenKrupp und die israelische U-Boot-Korruptionsaffäre“, Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 28. Oktober 2020), und inwiefern hat die Bundesregierung bei der Anbahnung oder Verhandlung der Verkäufe an Treffen oder Telefonkonferenzen teilgenommen, bei denen auch der damalige Vermittler M. G. anwesend war, der vom Oberbefehlshaber der israelischen Marine zum Vermittler des Waffengeschäfts ernannt worden war („Probe puts submarine deal in doubt“, The Jerusalem Post vom 28. November 2016) und als Entlohnung für jedes verkaufte U-Boot rund 18,5 Millionen Euro erhalten sollte und nun im Zusammenhang mit dem U-Boot-Deal wegen Bestechung, Geldwäsche und Steuervergehen angeklagt ist („Ex-Defense Ministry chief’s testimony ties Netanyahu to submarine graft case“, The Times of Israel vom 12. Oktober 2020)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

44. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP) Sind nach Kenntnis der Bundesregierung trotz der nun verschärften Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie Drückjagden zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in allen Bundesländern möglich, und wenn nein, in welchen nicht?
45. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP) Wie unterstützt die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner schon jetzt den Erhalt und Aufbau regionaler Schlachthöfe in Deutschland, wie sie es in ihrer Rede auf dem Deutschen Bauerntag 2020 in Erfurt proklamiert hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

46. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie begründet die Bundesregierung den wirtschaftlichen Nachteil und die Ungleichbehandlung zwischen Direktversicherten und Betriebsrentnerinnen und -rentnern durch das GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz in der Auszahlungsphase (www.versicherungsmagazin.de/rubriken/b ranche/betriebsrentner-lehnen-geplanten-freibetrag-als-unzureichend-ab-2491992.html), und was plant die Bundesregierung für die Gleichstellung von Direktversicherten und Betriebsrentnerinnen und -rentnern in der Auszahlungsphase?
47. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP) Rechnet die Bundesregierung bei einem weiteren Anstieg der Infektionszahlen mit erneuten Fahrverboten für Reisebusse, wie sie bereits im Frühjahr dieses Jahres temporär bestanden, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese zu verhindern?

48. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Auf welche Art und Weise (telefonisch, per Fax, digital etc.) wurden die von den Gesundheitsämtern erfassten positiven COVID-19-Testergebnisse in den Monaten Mai bis Oktober 2020 jeweils an das Robert Koch-Institut übermittelt (bitte nach Monaten sowie nach Anzahl der übermittelten Fallzahlen aufschlüsseln), und wie viele Gesundheitsämter haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Oktober 2020 zur Übermittlung von positiven Testergebnissen ausschließlich Faxgeräte eingesetzt?
49. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist für die Durchführung von SARS-CoV-2-Schnelltests nach Ansicht der Bundesregierung zwingend medizinisches Personal notwendig bzw. ist für die Bundesregierung auch denkbar, dass durch gezielte Schulungen auch nichtmedizinisches Personal oder Anwenderinnen und Anwender selbst in die Lage versetzt werden können, diese Tests zuverlässig durchzuführen, und wenn ja, worauf ist dabei speziell zu achten?
50. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Anhand welcher Kriterien soll in der Zeit nach Ende November entschieden werden, welche Lockerungen der auf der Videokonferenz der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 28. Oktober 2020 beschlossenen Regelungen stattfinden können, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung verhindern, dass es gerade über die Weihnachtszeit und durch damit verbundene Reisen und Familienfeste zu einem erneuten starken Anstieg der Infektionen kommen wird?
51. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche wissenschaftliche Studien hat die Bundesregierung beauftragt, um die Effektivität unterschiedlicher Corona-Schutzmaßnahmen und das Infektionsgeschehen in den einzelnen Branchen zu evaluieren, wie beispielsweise die Schließungen von Geschäften und Gastronomie, Schulschließungen sowie deren Wiedereröffnung bzw. die Abschaffung der Maßnahmen, um so Erkenntnisse über die jeweiligen Maßnahmen und das Infektionsgeschehen in den einzelnen Branchen zu gewinnen und so einen zweiten Shutdown und flächendeckende Schließungen zu verhindern, und zu welchen Ergebnissen kamen diese Studien?

52. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, die Kostenübernahme für digitale Pflegeanwendungen gesetzlich zu regeln (vgl. Eckpunktepapier der Bundesregierung, das mir bekannt geworden ist), und welcher finanzielle Erfüllungsaufwand ist – aus Sicht der Bundesregierung – für die Pflegeversicherung zu erwarten?
53. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Erstanträge auf Erstellung eines Pflegegrades wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2010 bis 2019 und bislang im Jahr 2020 gestellt, und wie hoch war in diesen Jahren jeweils die Ablehnungsquote?
54. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Widersprüche gegen Bescheide zur Erteilung eines Pflegegrades wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2010 bis 2019 und bislang im Jahr 2020 eingereicht, und wie hoch war in diesen Jahren jeweils die Erfolgsquote?
55. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen sind im Bundesministerium für Gesundheit für Maßnahmen zur Reduktion der jährlichen Anzahl an Unfällen im Straßenverkehr mit tausenden Verletzten, Schwerverletzten und Toten zuständig, und welche Maßnahmen wurden seit Beginn der Wahlperiode konkret vom Bundesministerium für Gesundheit unternommen, um Unfälle im Straßenverkehr zu verringern und damit die Gesundheit von Menschen besser zu schützen (bei hoher Anzahl bitte die wichtigsten 27 Maßnahmen nennen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

56. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Gründe führt die Bundesregierung an, warum die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) nun doch nicht Teil der Bundesautobahngesellschaft werden soll (Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages am 30. Oktober 2020), und wo kann eine transparente Kostenaufstellung über alle bisher entstandenen Kosten eingesehen werden?

57. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war/ist das Budget im Gesamtkonzern der Deutschen Bahn AG (DB AG) in den Jahren 2016, 2017, 2018, 2019 und im laufenden Jahr für den Erwerb von Minderheitsbeteiligungen im Wagniskapitalbereich (siehe das Papier „Umgang mit den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die DB AG“ vom 10. Mai 2020; die Budgets bitte getrennt nach den Jahren angeben), und welche drei Geschäfte waren/sind in den genannten Jahren jeweils die teuersten Beteiligungen (bitte Name nennen und die Beteiligungen kurz beschreiben)?
58. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie viele Fahrzeuge wurden im Rahmen des Aufrufs zur Förderung von Elektro-Nutzfahrzeugen für Handwerksunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bis zum 14. September 2020 Fördermittel beantragt (bitte unter Angabe der für diese Fahrzeuge insgesamt beantragten Fördermittel; vgl. www.now-gmbh.de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort/foerderrichtlinie), und für wie viele Fahrzeuge wurden die Anträge bewilligt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
59. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Schienenkilometer in Bayern werden aktuell für regelmäßige Personen- sowie Gütertransporte genutzt, und wie viele der genannten Schienenkilometer sind elektrifiziert (bitte aufschlüsseln nach Personen- und Gütertransporten und nach Regierungsbezirken)?
60. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Gesamtkosten für die Bundesfernstraßenprojekte A20, A33 und A39 in Niedersachsen rechnet die Bundesregierung derzeit (Stand: Oktober 2020), und auf welchem Preisstand bzw. welchem Preisstandsjahr beruhen diese Kostenprognosen jeweils (bitte für A20, A33 und A39 differenziert darstellen)?
61. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen finanziellen Bedarf für den Ausbau des Glasfasernetzes entlang des Schienennetzes der DB AG in einem Umfang von 11.400 km durch die Einbeziehung privater Dritter hat die DB AG ermittelt, und inwiefern hat die DB AG vor der Einbeziehung privater Dritter in den Glasfaserausbau entlang der Schienenwege im Zuge einer Ausschreibung die Wirtschaftlichkeit dieser Option im Vergleich zu einer vollständigen Eigenrealisierung geprüft?

62. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Lagen in den letzten zehn Jahren oder aktuell Vorwürfe (beispielsweise in Form von Verfahren vor der EU-Kommission) auf Wettbewerbsverzerrung und/oder Quersubventionierung im Zusammenhang mit der Deutschen Bahn AG gegen die Bundesregierung vor, und wenn ja, wie lauten die jeweiligen Vorwürfe (Vorwürfe bitte aufgelistet nach Sparte der Deutschen Bahn AG)?
63. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, wie viele deutsche Binnenschiffe im grenzüberschreitenden Güterverkehr von den Regelungen der Quarantänemusterverordnung der Bundesregierung betroffen wären, wenn die Bundesländer diese Regelung in ihren Länderverordnungen übernehmen würden, und mit welcher Begründung hat die Bundesregierung für die grenzüberschreitende Binnenschifffahrt keine Ausnahme in die Verordnung aufgenommen, um so Verzögerungen für die Binnenschifffahrt zu verhindern (www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1798906/0a2294f4c1310622597ea8a24dad8521/2020-10-14-musterquarantaeneverordnung-dat a.pdf?download=1)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

64. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die deutsche Ratspräsidentschaft mit den Trilogverhandlungen zum EU-Klimaschutzgesetz mit dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission beginnen, und inwiefern wird dort der Beschluss des Europäischen Parlaments für ein Klimaziel 2030 von 60 Prozent Emissionsreduktion berücksichtigt (www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/eu-parlament-spricht-sich-wohl-fuer-60-prozent-co2-einsparung-bis-2030-aus/)?

65. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Telefonate und Gespräche gab es innerhalb der letzten zwei Monate zwischen dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und der Person, die eine Anfechtungsklage gegen die Ausfuhrgenehmigung in Form eines Widerspruchsbescheids beim Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. erhoben hat (bzw. deren Anwälte oder Vertreter) bezüglich des Exportes von Brennelementen in das Atomkraftwerk Doel (bitte unter Angabe der neun letzten Gespräche der involvierten Ansprechpartner und der Gesprächsthemen, vgl. <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/pressemitteilungen/erfolgloser-eilantrag-einer-brennelemente-exporteurin>; www.eifelzeitung.de/allgemein/tagesthemen/rechtsstreit-vor-vg-frankfurt-wegen-brennelemente-export-281321/?coPollicy=yes), und in welcher Art und Weise haben diese Austausche die Handlungsweise des BAFA in dieser Sache beeinflusst?
66. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchem Regelwerk bzw. Verfahren wurde der Deckel des Reaktordruckbehälters (RDB) des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim nach Kenntnis der Bundesregierung als nichtradioaktiver Abfall eingestuft (Reaktordruckbehälter gehören üblicherweise zur Kategorie der schwach- bis mittelradioaktiven Abfälle, vgl. z. B. www.enbw.com/unternehmen/konzern/energieerzeugung/kernenergie/rueckbau/entsorgung-und-endlagerung.html), und warum wurde eine solche Verbringung zur Verwertung nach Kenntnis der Bundesregierung ausschließlich im Falle des RDB-Deckels vom AKW Obrigheim vorgenommen (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 216 auf Bundestagsdrucksache 19/23454 und Antwort auf meine Mündliche Frage 65, Plenarprotokoll 19/185)?
67. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Konsequenzen im Hinblick auf Exportgenehmigungen von Brennelementen u. a. zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Frankfurt a. M. (www.iwr.de/ticker/gerichtsbeschluss-vg-frankfurt-stoppt-brennelemente-export-aus-lingen-nach-belgien-artikel2743), und wann fanden innerhalb der Bundesregierung die letzten Gespräche auf Leitungsebene zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung im Hinblick auf einen Exportstopp von Brennelementen statt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

68. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung wieder Anträge auf den nicht rückzahlbaren Zuschuss für Studierende in pandemiebedingt akuter Notlage, deren Beantragung von der Bundesregierung Ende September 2020 ausgesetzt wurde, ermöglichen – denn durch die am 28. Oktober 2020 von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den Ministerpräsidenten der Länder beschlossenen Einschränkungen (u. a. Schließung von Hotels und Gastronomie sowie Veranstaltungs- und Freizeistätten) ist für Studierende wieder eine Situation wie zu Beginn der Pandemie entstanden, die die Bundesregierung als Bedingung für die Wiederaufnahme genannt hat (siehe die Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 19/23819) –, und inwiefern liegen der Bundesregierung eigene oder Erkenntnisse Dritter vor, wie viele Studierende in Deutschland durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie ihren Nebenjob verloren haben?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

69. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung an der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey als unter anderem für Jugend zuständige Bundesministerin fest (auch als Vorbild für die auszubildende Jugend), nachdem die FU Berlin nun offenbaren musste, dass Franziska Giffey in ihrer Dissertation im Jahr 2010 an mindestens 27 Stellen „objektive Täuschung“ von „systematischem Charakter“ beging (www.tagesspiegel.de/wissen/geheimes-fu-gutachten-zur-promotion-giffey-taeuschte-an-27-stellen-durfte-aber-titel-behalten/26244332.html), und erwägt die Bundesregierung nun, per Ergänzung des (Bundes-) Hochschulrahmengesetzes (HRG) eine klarstellende Vorgabe zur Promotionsbewertung zu entwerfen, nachdem die FU Berlin Franziska Giffey für ihre Plagiate nur eine – weder im HRG noch im Berliner Hochschulrecht als zulässige Reaktion vorgesehene – „Rüge“ erteilte, statt ihr die Doktorwürde abzuerkennen?

70. Abgeordnete
Franziska Gminder
(AfD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen des Etats von über 2 Mrd. Euro der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, eine angemessene Investition in Sicherungsanlagen, Videokameras und mehr Wachpersonal unserer Museen zu investieren, um in Zukunft weitere Anschläge auf diese Kulturgüter und Schätze der Menschheit, wie zuletzt am 3. Oktober 2020 auf der Museumsinsel in Berlin geschehen, zu verhindern?
71. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Anlass hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Verbände der „Konzertierten Aktion Pflege“ am 27. Oktober 2020 zur Videokonferenz geladen (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/eingangsstatement-von-bundeskanzlerin-merkel-bei-der-videokonferenz-mit-den-mitgliedern-der-konzertierten-aktion-pflege-am-27-oktober-2020-1804756), und welche Ergebnisse hat die Videokonferenz geliefert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

72. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Ist der Freistaat Sachsen nach Kenntnis der Bundesregierung bis Ende September 2020 der Verpflichtung nachgekommen, den digitalen Verwaltungsakt (DIVA) umzusetzen, und falls ja, wie viele digitale Einkommensteuerbescheide wurden seitdem im Freistaat Sachsen zur Verfügung gestellt, und falls nein, warum nicht?
73. Abgeordneter
Dr. Danyal Bayaz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch wären auf Basis der aktuellen Steuerschätzung aus dem September 2020 nach Schätzung der Bundesregierung die umsatzsteuerlichen Mehreinnahmen bei kompletter Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes, und wie würden sich diese Mehreinnahmen auf die Branchen mit aktuell ermäßigten Umsatzsteuersätzen aufteilen (bitte für alle benennbaren Branchen angeben und bei Lebensmitteln den Posten gastronomische Außer-Haus-Umsätze separat angeben, vgl. als Beispiel die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 24 des Abgeordneten Dr. Thomas Gambke auf Bundestagsdrucksache 18/12877)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

74. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung dazu beitragen, dass die in Lesbos im neuen EU-Camp Kara Tepe untergebrachten Menschen bessere Lebensbedingungen erhalten (www.jetzt.de/politik/gefluechtet-e-auf-lesbos-die-situation-im-ersatzlager-kara-tepe)?
75. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern trifft es zu, dass sich das Marineschiff „Uckermark“ in einem Fall oder vielleicht sogar mehreren Fällen in der Nähe mutmaßlicher Pushbacks durch die griechische Küstenwache in der Ägäis befand oder diese sogar beobachtete, was die Bundesregierung auf meine hierzu gestellten Fragen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/21928, Schriftliche Frage 32; Bundestagsdrucksache 19/21517, Schriftliche Frage 84; Plenarprotokoll 19/175, Mündliche Frage 29) sowie der der Abgeordneten Luise Amtsberg (Bundestagsdrucksache 19/20374, Schriftliche Frage 26) nicht mitgeteilt hat, von Medien aber berichtet wurde (für den 13. Mai 2020 siehe „Greece Suspected of Abandoning Refugees at Sea“, Der Spiegel vom 26. Juni 2020), und inwiefern ist es möglich zu rekonstruieren, welche weiteren Schiffe oder Flugzeuge von Missionen, an denen sich die Bundesregierung mit der Bundeswehr oder der Bundespolizei zur Verhinderung von Migration in der Ägäis beteiligt, den Vorfall beobachtet haben könnten?
76. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung aufgrund der ohnehin in der öffentlichen Berichterstattung sowie in Argumentationsmustern von weiten Teilen der Politik verbreiteten, umfassenden Gleichsetzung des Asylsystems mit stattfindender Zuwanderung auf der einen Seite, sowie Klarstellungen von beredter Stelle, dass ungeachtet einer noch so hohen Belastung unseres Staatswesens die Anzahl der eingeleiteten Asylverfahren nicht beschränkbar ist, auf der anderen Seite, die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung, mit dem Ziel, den individuellen Asylanspruch abzuschaffen (vgl. dazu bereits einen Artikel auf BR.de vom 12. März 2016 – <https://br.de/nachricht/fluechtling-migrant-asyl-bewerber100.html>), zuletzt abgerufen am 27. Oktober 2020, sowie ferner bezugnehmend auf die Öffentliche Anhörung im Rahmen der 105. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat am 26. Oktober 2020, insbesondere ebda. die Einlassungen des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Hans-Eckhard Sommer), und wenn nicht, warum nicht?

77. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass auffallend viele Bundespolizisten Corona-infiziert sind beziehungsweise in Quarantäne mussten, offenbar, weil sie außerdienstlich von selbst nicht disziplinierten Abstand von Dritten halten, sodass der Präsident der Bundespolizei sie nun dazu ermahnen musste, sowie ihnen täglich „drei Knoblauchzehen“ zu essen riet, damit künftig anhaltende Annäherungen dieser Polizisten wenigstens Dritte abschrecken mögen (136 / 1574 schon bis 23. Oktober 2020, www.rnd.de/panorama/mehr-als-1500-bundespolizisten-in-corona-quarantane-4VKNHELANZ3EGD2B2KSO62DVVI.html), und hält es die Bundesregierung für möglich, dass dieses Verhalten so vieler Bundespolizisten gegenüber den Corona-Gefahren in Zusammenhang steht mit der in rechtsextremistischen beziehungsweise rassistischen Kreisen ohnehin verbreiteten Leugnung von Corona, sodass diese Koinzidenz nach meiner Auffassung die Dringlichkeit einer dahingehenden wissenschaftlichen Untersuchung der Bundespolizisten zusätzlich nahelegt?
78. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) tatsächlich nur, wie stets nach eigenen und den Auskünften der Bundesregierung bekundet, „Dienstleister für die Sicherheitsbehörden des Bundes“ (vgl. exemplarisch Eigenbeschreibung auf zitis.de, abrufbar unter: www.zitis.bund.de/DE/Home/home_node.html) oder hilft die Zentrale Stelle deutschen Sicherheitsbehörden, darunter Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei, Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und Bundesnachrichtendienst (BND) – auch in laufenden Strafverfahren – die Verschlüsselung von Computern und Smartphones zu umgehen und den Zugriff auf dort gespeicherte Daten zu ermöglichen (vgl. „Mysterium ZITiS – Was macht eigentlich die ‚Hackerbehörde‘?“, tagesschau.de vom 28. Oktober 2020, abrufbar unter: www.tagesschau.de/investigativ/wdr/zitis-107.html)?

79. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Würde, träte es zu, dass ZITiS auch in laufenden Strafverfahren Strafverfolgungsbehörden dabei hilft, die Verschlüsselung von Computern und Smartphones zu umgehen und den Zugriff auf dort gespeicherte Daten zu ermöglichen, dies nach Ansicht der Bundesregierung mit der geltenden Rechtslage vereinbar sei, und bleibt die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund dieser Berichterstattung dabei, dass es für die Arbeit von ZITiS keiner weiteren Rechtsgrundlage bedarf (vgl. exemplarisch Antworten der Staatssekretärin Dr. Emily Haber vom 25. September 2017 auf die Schriftlichen Fragen 8 bis 10 der Abgeordneten Saskia Esken auf Bundestagsdrucksache 18/13667)?

